



Penspower

aktuell

Informationsblatt

Online-Ausgabe Mai 2013

der Bundesvertretung der GÖD-Pensionisten

1010 Wien, Schenkenstraße 4/5. Stock; Telefon: 01/53454-311DW, FAX –388DW
E-Mail: info@penspower.at | Internet: www.goed.penspower.at

Liebe Frau Kollegin! Lieber Herr Kollege!

**MEINUNG DES
VORSITZENDEN**



Auch wenn uns noch einige Monate von der Nationalratswahl trennen, ist doch unüberseh- und hörbar, dass die Vorwahlzeit voll über uns hereingebrochen ist und sie wird uns kräftig verfolgen, auch wenn wir doch abgebrüht sein sollten, durch die viele Wahlwerbung, die uns in unserem Leben begleitet hat.

In der sogenannten Werbung spielen Rituale eine große Rolle, abgesehen von den persönlichen Attacks, die mit Näherücken des Wahltages des Öfteren so persönlich werden, dass dies ganz anderen Bereichen zugeordnet werden müsste, einschlägige Fotos inklusive. Das Wichtigste in den Auseinandersetzungen der Parteien ist neben den Ankündigungen wie alles besser werden soll das stereotype fast krankhafte Suchen nach Schuldzuweisungen, die den Wahlgegnern angehängt werden können und somit ein schlechtes Licht auf die Gegenseite werfen. Im Übrigen bin ich erstaunt, dass sogenannte gute Ideen erst immer in der Vorwahlzeit auftauchen wenn man eine ganze Legislaturperiode vorher Zeit gehabt hat.

Schuldzuweisungen können uns allerdings nicht passieren, denn die zwei Verhandlungen zum § 13 a PG sind offenbar aus der Wahrnehmung des Dienstgebers gestrichen worden, auch wenn die Streichung der genannten Gesetzesbestimmung für „Bezieher kleiner Einkommenseinheiten“ in der Regie-

rungserklärung stand, und zwar schon im Jahr 2009.

Jetzt noch auf meine schon wieder zwei Monate zurückliegenden Urgegnen hiezu zu antworten, ist angesichts des verflissenen 27.Mai nicht nötig gewesen. An diesem Tag war nämlich Ultimo für die Einbringung von Gesetzesvorlagen im Ministerrat. Ob die 40.000 Unterschriften der ÖGB-Pensionisten zur Abschaffung des § 13 a, zu denen wir mit Ihrer Hilfe 11.000 und damit ganz ordentlich beigetragen haben, bei der nächsten Bundesregierung außer in Erklärungen auch konkret Platz finden wird, hoffe ich trotz allen budgetären Durcheinanders doch sehr.

Auf jeden Fall steht der zitierte Paragraf in unserem Forderungsprogramm an die kommende Bundesregierung ganz oben. Ebenso verlangen wir ein Einschreiten gegen die Banken bei der Vergabe von Krediten, wo deren Spielregeln eine klassische Altersdiskriminierung darstellen. 232 Milliarden Euro betragen die Einlagen bei den Banken, wobei allein schon die Inflation die Erträge bei den heutigen Zinssätzen bei weitem wegfrisst, aber trotzdem sparen die Alten noch immer unverdrossen und das zum Wohle der Banken, wie sich zeigt.

Wenn nämlich dieselben Alten etwas von den Banken brauchen würden, gibt es trotz Besicherung ab dem 70. Lebensjahr nichts. Da könnte ja schließlich etwas passieren und es scheint doch viel einfacher, dreistellige Millionenbeträge mit Federstrichen wert-zuberichtigen, weil man sie offensichtlich ohne die Auflagen wie für die Alten verge-

ben und verloren hat. Und das hinterher mit Steuergeldern gut gemacht wird.

Dieses Problems hat sich übrigens der Seniorenrat angenommen und was die Steuergelder betrifft, möchte ich in aller Bescheidenheit darauf aufmerksam machen, dass die Pensionisten insgesamt 9 Milliarden an Steuern abliefern, und zwar tatsächlich und nicht in Stiftungen und Fonds versteckt. Da dieser Betrag größtenteils im Inland bleibt und hier konsumiert wird, stellen die Pensionisten einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar, mit dem seitens der Banken nicht nur bei Sparbüchern gerechnet werden sollte. Für den Bereich des öffentlichen Dienstes heißt das übrigens – salopp gesagt – dass wir mit dem Beitrag und den angeführten Steuern (weil es bei uns quasi als Drauf-

gabe keine Höchstbeitragsgrenzen gibt) rund 80 % unserer Pensionen selbst finanzieren.

Darüber im derzeitigen Zeitpunkt zu diskutieren, halte ich für unklug, weil wir sonst wieder als Beamte in das Spektrum der Schuldzuweisungen geraten würden.

Wir werden allerdings zum geeigneten Zeitpunkt auf die Zahl unserer Mitglieder hinweisen, ob marktschreierisch oder dezent, sei dahingestellt. Aber gerade im Hinblick auf die uns angepriesene Reform hoffe ich doch sehr, dass wir gehört werden und die Reaktionen der Gegenseite sind mit Spannung und Interesse zu erwarten.

Ihr Dr. Otto Benesch



Danke allen Kolleginnen und Kollegen im Ruhe- und im Aktivstand, die mit ihrer Unterschrift unser Anliegen auf Abschaffung des „Pensionsicherungsbeitrages“ unterstützt haben.

Stellvertretend für sie alle gilt unser Dank Kollegen Rudolf Mitterer aus Kärnten. Die Übersendung seiner Glücksklee-Blätter empfinden wird als eine besondere Wertschätzung unserer Arbeit.

Endergebnis:

Bei der Bundesvertretung der GÖD-Pensionisten sind bis 14. Mai 2013 **10.877** Unterstützungserklärungen eingelangt. Damit ergibt sich beim ÖGB ein Gesamtergebnis von **40.000** Unterstützungserklärungen.

Basierend auf diesem Ergebnis erwarten wir nun von der Regierung und den Politikern endlich ein Einlenken im Sinne unserer Forderung und werden über den jeweils aktuellen Stand der Umsetzung in den kommenden Ausgaben berichten.

JOSEF STRASSNER